

A3 Schulfrei für die Bundeswehr

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 30.06.2019
 Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert ein Verbot der Bundeswehr im Klassenzimmer.
 2 Jugendoffiziere - also junge Soldat*innen - der Bundeswehr sind bereits seit
 3 vielen Jahrzehnten in den Schulen aktiv. Sie sollen dabei in Zusammenarbeit mit
 4 anderen Akteur*innen der Friedens- und Konfliktforschung über die
 5 sicherheitspolitischen Herausforderung und die Möglichkeiten der
 6 Friedensförderung den Unterricht bereichern und somit zur politischen
 7 Friedensbildung beitragen. Wir unterstützen den Ansatz, Schüler*innen zusätzlich
 8 zum Politikunterricht über Friedens- und Konfliktforschung zu informieren.
- 9 Formal ist es zwar dabei den Jugendoffizieren strengstens verboten die
 10 Schüler*innen anzuwerben. Dieses Indoktrinierungsverbot lässt sich jedoch in der
 11 Realität nicht durchsetzen. Die Jugendoffiziere werben mit ihrer Biografie,
 12 ihrem persönlichen Vorbildcharakter für den Soldat*innenberuf und damit für das
 13 Militär als Arbeitgeber. Schulen sollen sich der politischen Neutralität
 14 verpflichten, wobei wir es für illusorisch halten, dass geschulte Offizier*innen
 15 neutral und ohne für die Bundeswehr zu werben, Schüler*innen einen weiteren
 16 Zugang zu Friedens- und Sicherheitspolitischen Fragestellungen geben können.
 17 Auch halten wir es für unwahrscheinlich, dass vereidigte Offiziere einen
 18 neutralen und kritischen Ansatz aufzeigen. Dabei ergibt sich unserer Meinung
 19 nach ein Spannungsfeld zwischen der zu erwartenden politischen Neutralität des
 20 Vortragens und des per Eid geschworenen Treue zu ihrem Dienstherrn.
- 21 Wir als GRÜNE JUGEND Hessen fordern deshalb:
- 22 - ein Friedensbildung in den Schulen, in welcher Möglichkeiten des persönlichen
 - 23 Gewaltverzichts, der friedlichen Streitbeilegung und die Methoden der zivilen
 - 24 Konfliktbearbeitung vorgestellt werden.
 - 25 - Friedensbildung soll dabei die persönliche Entscheidungsfindung und
 - 26 Urteilskraft fördern.
 - 27 - Das Verbot von Aktivitäten der Bundeswehr an allen Bildungs- und
 - 28 Erziehungseinrichtungen, sowie
 - 29 - das Einbeziehungsverbot der Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung von
 - 30 Lehrerinnen und Lehrer.